

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Der kollektive Buddenbrooks-Effekt – Sozialstrukturelle Hintergründe der Wirtschaftskrise
- Ferdinand Wenzlaff **11** Vorläufer der Geldreform
- Daniel Pavlic **18** Die sozial-liberale Wirtschaftsordnung nach Maurice Allais
- Helmut Creutz **24** Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Gedanken zum gleichnamigen Buch von Joseph Huber & James Robertson
- Dirk Löhr **40** Vollgeld, Freigeld und Assetpreisinflationen
- Fabian Thiel **55** „Landgrabbing“ – und was dagegen zu tun ist
- Dirk Lambach **60** Betriebliche Partnerschaft als unternehmerisches und gesellschaftliches Konzept
- 63** Bücher – Personalie – Veranstaltungen

Die sozial-liberale Wirtschaftsordnung nach Maurice Allais

Dargestellt anhand seines Werkes
„L'impôt sur le capital et la réforme monétaire“ (1977)

Daniel Pavlic

Einführung

Maurice Allais gehört ohne Zweifel zu den Mavericks der jüngeren Wirtschaftsforschung. Seine Theorien zum Steuer- und Geldwesen lassen sich grundsätzlich keiner der dominierenden volkswirtschaftlichen Ideologien zuordnen. Man kann im besten Fall von einem französischen Mittelweg sprechen, der soziale, aber auch liberale Elemente beinhaltet, ohne jedoch Freiheit und Gerechtigkeit als unvereinbare, abhängige Aspekte abzustempeln.

1911 in Paris geboren, hat Maurice Allais im Laufe seines Lebens zwei Weltkriege, extreme Preisentwicklungen in beide Richtungen sowie Protektionismus und Globalisierung persönlich miterlebt. Aus dieser Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts eben ist dem Franzosen ein wirtschaftliches Gedankengut erwachsen, das nach dauerhafter Stabilität im volkswirtschaftlichen System strebt. In seinen zahlreichen Schriften erörtert Maurice Allais wirtschaftliche Aspekte immer mit Hinsicht auf makro-ökonomische Schwankungen und diskutiert insbesondere Mittel, die zu verwenden seien, um ein Wirtschaftssystem robust und nachhaltig zu machen. Seine Beiträge zur „Theorie der Märkte und der effizienten Nutzung von Ressourcen“, für die er 1988 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde, gehören zu jenen Arbeiten, deren unmittelbarer Nutzen schnell anerkannt wird, deren Rahmen und Zweck aber (absichtlich oder nicht) ignoriert wird. Obwohl Maurice Allais bis heute der einzige französische Volkswirt ist, der mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde, bleibt er in Frankreich wie auch

im Ausland zwar allgemein respektiert, aber gern übersehen. Daran hat leider auch sein Tod Ende 2010 wenig geändert und sein Gesamtwerk bleibt weiterhin in wirtschaftspolitischer Hinsicht unbeachtet.

In seiner Rede zur Annahme des Nobelpreises bietet Maurice Allais einige Hinweise auf seine wissenschaftliche Haltung. Mit einer hervorragenden Ausbildung an der Ecole Polytechnique in Physik und Mechanik ausgestattet, sieht er sich im Bereich der Wirtschaftswissenschaften eher als Autodidakt und Amateur. Und das verschaffe einen entscheidenden Vorteil: ohne eine Fachausbildung, die sich auf das hartnäckige Wiederholen etablierter Wahrheiten beschränkt, ist der Autodidakt erkenntnistheoretisch unbelastet und damit vorurteilsfrei. Er muss aber gegen die Tyrannei dominanter Ideen ankämpfen und dieses Hindernis, das der frische Nobelpreisträger am Ende seiner Rede anspricht, liefert letztlich aus heutiger Sicht auch eine Erklärung für die ausbleibende Umsetzung seiner Reformvorschläge im Geld-, Kredit- und Steuerwesen.

Sozial-liberalismus - eine Bewegung jenseits der dominanten Ideologien

Maurice Allais bezeichnet sich selbst als sozial-liberal. Seiner Auffassung nach bilden die freie Marktwirtschaft, das Privateigentum und die Dezentralisierung der Entscheidungskraft die ausschlaggebenden Voraussetzungen für eine effiziente und gerechte Wirtschaftsordnung. Wirklich erfüllt sind diese Voraussetzungen einer sozial-liberalen Struktur aber nur in einer Gesellschaft, in der es keiner Bevölkerungsgruppe möglich ist, dem Rest der Öffentlichkeit ihren Willen aufzu-

drücken. In dieser Hinsicht sind für Allais Interessengruppen, Lobbys und dergleichen nichts weiter als Euphemismen für mafiöse Gruppierungen. Straff organisiert wie sie sind, im Allgemeinen gegen undemokratische Einflussnahme, im Besondern aber leidenschaftlich für eine Sonderbehandlung in ihrem Fall, haben sich diese plutokratischen Einflussformen von jeher als genauso wirkungsvoll in der Verteidigung ihrer Interessen als schädlich für jene der Gemeinschaft erwiesen. Die Erduldung solcher undemokratischer Einflussnahme, in welcher Form auch immer, führe dann, so Allais, notwendigerweise zu einer ungerechten und ineffizienten Wirtschaftsstruktur und schließlich zu Krisen, wie die andauernde Finanzkrise anschaulich unter Beweis gestellt hat.

Die wirtschaftliche Organisation in ihrer heutigen Form hält Maurice Allais ebenfalls für ineffizient und ungerecht. Seine Feststellungen sind, vor allem angesichts der aktuellen Paradigmenkrise in der Wirtschaftsforschung von Relevanz, da sie, wie wir in diesem Beitrag sehen werden, lang anerkannte Grundprinzipien hinterfragen. Dies betrifft zum einen das Steuerwesen, welches mit der Umsatz- und Einkommenssteuer ein gewaltiges Anreizproblem schafft: es belastet vor allem gelungene Werteschaffung, übersieht ineffiziente Unternehmen und ignoriert bestehenden Wert. Desweiteren ergibt sich durch die Unmenge von Steuern ein unüberschaubares Regelwerk, das das Steuerrecht hoch kompliziert und den Fiskus damit technokratisch und undemokratisch macht. Eine weitere Hürde für eine optimale Wirtschaftsleistung besteht im Geldschöpfungssystem und seinen Folgen. Wenn gleich über Jahrhunderte Städte und Staaten ihr Monopol auf Geldschöpfung stets eifrig behütet haben, befindet es sich heute mit der freien Erzeugung des Buchgeldes in privater Hand. Zum einen entgehen der Gemeinschaft damit bedeutende Einkommen, zum anderen untergräbt die private Geldschöpfung und Zerstörung die Stabilität der Volkswirtschaft, indem es das generelle Preisniveau, die Konjunktur, Grundstückpreise und natürlich die Finanzmärkte amplifizierend beeinflusst. Allais gesteht zwar ein, dass das aktuelle Steuer-, Geld- und Kreditsystem auch zu starkem

Wirtschaftswachstum führen kann. Das sei allerdings, weil weder nachhaltig noch gerecht, dazu verdammt, früher oder später einzubrechen. Die aktuelle Situation der Vereinigten Staaten scheint diese Sicht der Dinge zu bestätigen.

Maurice Allais sieht also bedeutende Hindernisse für eine effiziente Wirtschaftsordnung sowohl in der Realwirtschaft (Steuerpolitik) als auch in der Finanzwelt (Geld- und Kreditwesen). Dementsprechend gestalten sich seine Reformvorschläge:

Eine umfassende Steuerreform, die das aktuelle System durch eine universelle Kapitalsteuer ersetzt. Damit jede Privatinitiative, die der Allgemeinheit von Nutzen sein kann (risikobereiter Unternehmergeist, Arbeitsaufwand), sich voll lohnt, muss ein effizientes Steuerwesen zwischen erarbeitetem und unerarbeitetem Einkommen unterscheiden.

Eine Geldreform, die die Geldschöpfung wieder voll in die öffentliche Hand führt und damit die Geldmenge unter die feste Kontrolle der Zentralbank bringt. Mit den richtigen Statuten ausgestattet, kann eine unabhängige Zentralbank auf diese Weise das Preisniveau aufs Genaueste kalibrieren und Boom- und Bustzyklen verhindern.

Eine Kreditreform, die die Kreditschöpfung für Depotinstitute unmöglich macht. Das bedeutet insbesondere, die Depotinstitute in die Schranken ihrer ursprünglichen Rolle zu weisen: das kostenpflichtige Angebot von Girokonten, Barabhebungen und die Abwicklung von Zahlungsverkehr. Sichteinlagen müssen zu 100% gedeckt sein und dürfen nicht der Geldschöpfung dienen. Davon abgetrennt Kreditinstitute, die sich auf Kreditvergabe spezialisieren, aber keinen Zugriff auf Einlagen haben. Ansätze dieser Ideen finden sich in der Anfang 2010 aufgekommenen Volcker-Rule, mit der der ehemalige FED-Zentralbanker Paul Volcker eine klare Unterteilung zwischen Depotinstituten und Investmentbanken fordert. Man könnte meinen, Maurice Allais ginge mit seinem Ansatz der Depotannahme ohne Kreditvergabe viel zu weit. Doch Samuel Brittan, Kommentator der „Financial Times“, hat noch im August 2010 daran erinnert, dass Banken zu allererst dazu dienen, Bargeld zu deponieren und den Zahlungsverkehr zu vereinfachen. Dass sich daraus schließlich Kreditschöp-

fung entwickelt, ist eher gängige Konvention als Notwendigkeit.

Einergehend mit einer für Stabilität einstehenden Geldpolitik verlangt die soziale Gerechtigkeit die Indexierung aller monetären Verbindlichkeiten – also der Anpassung jedweder Verpflichtung an die Entwicklung eines Preisindex. So wie bereits die Indexmiete sollten etwa Sichteinlagen, die ja für Depotinstitute Verbindlichkeiten darstellen, oder Anleihen an die Inflation gekoppelt sein, um jede künstliche Umverteilung von Einkommen unterbinden.

Man sollte sich dessen bewusst sein, dass Maurice Allais dem liberalen Flügel der Wirtschaftswissenschaftler angehört und in all seinen Schriften für eine auf Privateigentum fundierte freie Marktwirtschaft plädiert. Umso überraschender sind also seine Reformvorschläge. Allais beruft sich in diesem Zusammenhang auf Friedrich von Hayek, der einmal sagte, dass nichts der liberalen Sache mehr schade als das hartnäckige Bestehen einiger Liberaler auf Konzepten wie dem des Laissez-faire. Dem fügt Allais hinzu, dass die große Tragödie des Liberalismus darin bestünde, dass ein Großteil seiner wahrhaften Anhänger ihm kritisch gegenübersteht, während diejenigen, die sich offen zu den Liberalen zählen, tatsächlich zutiefst antiliberale Einstellungen pflegen.

Um die praktischen Aspekte der Reformvorschläge nachvollziehen zu können, bietet es sich an, die Kernanalyse, mit der Allais seine Reformkonzepte rechtfertigt, zuvor kurz darzustellen.

Aspekte eines effizienten Steuerwesens

Der zentrale Ausgangspunkt liegt in der Fragestellung, was eigentlich ein legitimes Einkommen sei. Für Allais gründet sich ein legitimes Einkommen auf eine für die Allgemeinheit tatsächlich erzeugte Leistung. Dazu gehört selbstverständlich das Arbeitseinkommen von Arbeitern, Angestellten, Unternehmern und Unabhängigen, das zustande kommt, weil jemand bereit ist, die angebotene Leistung zu entlohnen. Desweiteren findet sich darunter, Monopole ausgenommen, der Unternehmensgewinn, der durch technologische Innovation und Risikobereitschaft

die Bemühungen einer Firma belohnt. In beiden Fällen handelt es sich also um erarbeitetes Einkommen.

Demgegenüber definiert Allais ein illegitimes Einkommen als unerarbeitetes Einkommen, dem keine erzeugte und der Allgemeinheit nützliche Leistung entspricht. Dazu gehört die Bodenrente, wenn sich das daraus entspringende Einkommen beispielsweise durch Bevölkerungswachstum oder Infrastrukturprojekte erklärt. Allais erwähnt in diesem Zusammenhang auch Winston Churchill, der seinerzeit die Bodenrente ebenfalls für illegitim hielt, weil sich die Wertsteigerung des Bodens durch Innovationen (Straßen, Licht, Wasser) erklärt, zu denen der Großgrundbesitzer nicht beigetragen, aber von denen er stets profitiert hat.

Ein weiteres illegitimes, unerarbeitetes Einkommen besteht in der Schuldenentlastung durch Inflation. Diese entspringt der Bereicherung eines Schuldners durch den Erwerb von Realgütern und der gleichzeitigen Enteignung eines Gläubigers durch den Fall im bereinigten Kreditnominalwert. Als angemessenes Beispiel kann an dieser Stelle der deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes erwähnt werden, der die deutsche Hyperinflation nach Ende des ersten Weltkrieges bestens für sein Unternehmen auszunutzen wusste.

Neben Bodenrente und Schuldenentlastung gliedert sich jedes Monopoleinkommen ebenfalls in die Reihe der illegitimen Einkommen ein. Ungleich den staatlichen Monopolen, deren Einnahmen nur die Ausgaben decken müssen, sind private, vom Staate geduldete Monopole antiliberale Organisationen, sollten deren Gewinne von einer Nachfrage ausgehen, die mehr mit einem Mangel an Alternativen als mit dynamischer Innovation zu tun hat. Sollte der Leser dabei vor allem an Telekommunikations- und Energiekonzerne denken, müsste er sich auch dessen bewusst werden, dass Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder höhere Löhne aushandeln und dabei andere in die Arbeitslosigkeit verdammen, ebenfalls Monopoleinkommen entstehen lassen.

Bei seiner Besprechung des illegitimen Einkommens in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen kommt auch Maurice Allais nicht am Zins vorbei. Er kennt die Schriften Silvio Gesells und

äußert sich in seinem Werk „L'impôt sur le capital“ mehrfach zustimmend zu Gesells Analysen des Zinsmechanismus und teilt seine Meinung zur Notwendigkeit einer Boden- und Kreditreform. Was die praktischen Mittel betrifft, geht er aber andere Wege – Wege, die für die Anhänger der Freigeldbewegung vielleicht eine Bereicherung darstellen könnten. Für Allais, wie für Gesell, bleibt der Zinssatz universell positiv, weil Bargeld eine Liquiditätsprämie beinhaltet (es kostet nichts, Geld zu hamstern) und weil ein Privatgrundstück umso teurer wird, je niedriger der Zins steht. Allais gibt aber zu bedenken, dass, auch wenn der Kapitalist vom positiven Zins profitiert, er nicht die Ursache für die Existenz eines positiven Zinses ist. Vielmehr stellt sich die Frage, ob man die daraus entstehenden Einkommen dem Kollektiv zuführen kann. Es wird oft behauptet, der Zins sei legitim für die zur Verfügung gestellte Ersparnis. Doch in Allais' Augen ist das wahre Motiv des Sparens nicht die Aussicht auf Zinseinkommen, sondern das Bilden einer Reserve für das hohe Alter und die Versicherung gegen die Risiken des Lebens. Es handelt sich also dabei um eine Verschiebung des Konsums, die sich durch das angehäuften Kapital finanziert. Ganz im Gegenteil dazu konsumiert der Rentier bei gleich bleibendem Kapital lediglich sein Zinseinkommen. Wie weiter oben schon erwähnt, stellt sich also die Frage, inwiefern ein solches illegitimes Einkommen dem Rentier entzogen und der Gemeinschaft zugeführt werden kann.

Aspekte eines effizienten Geldwesens

Ein weiterer Aspekt illegitimen Einkommens, welchem Allais eine große Wichtigkeit beimisst, besteht in der privaten Geldschöpfung, für ihn eine verkappte Form der Geldfälschung. Um nachweisen zu können, inwiefern es sich bei privater Geldschöpfung um ein illegitimes Einkommen oder gar um Geldfälschung handelt, erwägt Allais die Fundamente der Geldmenge und ihrer Vermehrung. Die Geldmenge im engsten Sinne (das monetäre Aggregat M1 der EZB beispielsweise) besteht aus dem von der Zentralbank emittierten Basisgeld (Münzen, Scheine) und täglich fälligen

Einlagen. Die Definition kann natürlich auf Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist ausgeweitet werden, das monetäre Aggregat M1 reicht aber für die Darstellungen im Rahmen dieses Beitrages vollkommen aus. Im Juli 2010 beträgt die zirkulierende Geldmenge M1 in der Eurozone etwa 4.700 Mrd. Euro. Der Anteil des Basisgeldes erhebt sich auf etwa 17% oder 780 Mrd. Euro. Das bedeutet in anderen Worten, dass für jeden physischen Euro im Euroland etwas mehr als fünf Euro in Form von Buchgeld in Einlagen zirkulieren. Wo liegt da die Geldfälschung? Maurice Allais wirft einen Blick auf das Bankenwesen.

Die private Geldschöpfung durch den Kreditmechanismus ermöglicht sich für eine Bank, indem sie sich ihrer Girokonten bedient, um neue Kredite zu vergeben. Diese Tendenz entstand, als Banken die Beobachtung machten, dass nach allem Zahlungsverkehr und sämtlichen Barabhebungen die in der Bank vorhandenen Geldreserven nie eine gewisse Schwelle unterschritten. Also entschlossen sich die Banken, den überschüssigen Teil als Kredit mit Zinsen zu verleihen und mit den übrigen Geldreserven oberhalb der Schwelle die täglichen Transaktionen der Kunden zu bedienen. Das erste Prinzip der privaten Geldschöpfung war geschaffen: Mit fremden Geld Kredite verteilen, aus denen man Zinsen schöpft. Aus Einlagen werden Kredite. Das zweite und aktuelle Prinzip der privaten Geldschöpfung geht noch weiter: statt nur Geld zu verleihen, dessen man nicht der Besitzer ist, wird die Bank nun mit Hilfe vorhandener Einlagen neue Konten für Schuldner zur Verfügung stellen, das sog. Buchgeld. Aus Krediten werden Einlagen. Nun schöpft die Bank Zinsen nicht nur aus Geld, das sie nicht besitzt, sondern auch aus Geld, das gar nicht existiert.

Ein Zahlenbeispiel: eine Bank hält 100 Euro an Einlagen von Kunden und hat beobachtet, dass ihre Geldreserven nach der Abwicklung aller Transaktionen nicht die Schwelle von 50 Euro unterschreiten. Sie entschließt sich, die überschüssigen 50 Euro zu verleihen. Ihre Bilanz: die Aktiva bestehen aus 50 Euro Krediten und 50 Euro Reserven, die Passiva weisen Sichteinlagen in Höhe von 100 Euro auf. Der zweite Fall: Die gleiche Bank hält wie zuvor 100 Euro in Sicht-

einlagen, die Schwelle von 50 Euro wird nicht unterschritten. Die Bank entschließt sich, die 50 Euro zu verleihen, schreibt den Kredit aber in Form von Buchgeld als Konto in ihre Bilanz. Die sieht dann folgendermaßen aus: Die Aktiva bestehen aus 50 Euro Krediten und Geldreserven in Höhe von 100 Euro. Auf der Seite der Passiva erheben sich die Einlagen nun auf 150 Euro. Die kritische Schwelle liegt nun bei 75 Euro.

An Universitäten wird gelehrt, dass dieser Kreditmechanismus tatsächlich zu Geldvermehrung führt, es folgt aber eine äquivalente Geldzerstörung, wenn der Kredit vom Schuldner zurückgezahlt wird. Hier liegt für Maurice Allais der springende Punkt: jede Operation für sich allein genommen bleibt in der Tat neutral hinsichtlich der Geldmenge. Jede dieser Operationen erzeugt aber auch Zinszahlungen und wenn die Kreditvergabe eine permanente Aktivität ist, dann ist auch die Geldmengenvermehrung permanent. Und diese permanente Vermehrung der Geldmenge entspricht letztlich nach den Regeln der Finanzmathematik dem kapitalisierten Wert aller zukünftigen Zinszahlungen und erzeugt auf diesem Wege ex nihilo eine äquivalente Kaufkraft für den Kreditvergeber. Hier versteckt sich für Maurice Allais das Prinzip der Geldfälschung und folgerichtig ein unakzeptables, illegitimes Einkommen.

Nun, da Allais' Reformvorschläge angesichts der verschiedenen Formen illegitimen Einkommens zumindest theoretisch gerechtfertigt zu sein scheinen, schließt dieser Beitrag mit einer Darstellung der technischen Implementierung seiner Reformkonzepte.

Die Reform des Steuerwesens

Die Kapitalsteuer wird die Haupteinnahmequelle des Fiskus und ersetzt alle anderen wichtigen Steuern (auf Löhne, Gewinne, Erbschaft etc.). Die Kapitalsteuer entspricht einer Steuer, die jährlich auf den Wert aller physischen Güter erhoben wird und die von deren Besitzern entrichtet werden muss. Sie betrifft Grundstücke, Immobilien und sonstiges Kapital (technische Geräte, Maschinen, etc.). Die Steuer wird ohne Ausnahme erhoben, egal ob der Besitzer effektiven Umsatz zu verzeichnen hat oder nicht. Kon-

kret bedeutet dies, dass Firmen, die Verluste einfahren, ebenso auf ihr eingesetztes Kapital Steuern zahlen müssen wie erfolgreichere Firmen. Aktien und Anleihen werden keiner Steuer unterworfen. Ebenso unterliegt das Bargeld keiner Steuer, weil die von der Zentralbank kontrollierte Preissteigerung für Liquidität eine Inflationssteuer bedeutet. Die Kapitalsteuer für ein gegebenes Gut berechnet sich als Prozentsatz seines Wertes. In seiner Steuererklärung kann der Besitzer diesen Wert frei wählen. Statt technokratisch und arbiträr, wird die Berechnung der Steuerlast damit dezentralisiert. Der Besitzer muss allerdings in seiner Steuererklärung und der Wertsetzung seiner Güter berücksichtigen, dass die öffentliche Verwaltung jederzeit als Käufer seiner Güter eintreten kann, und zwar mit einem gewissen Aufpreis (Allais nennt 40%) auf den vom Besitzer geschätzten Wert. Um auch diese Instanz zu dezentralisieren, erwähnt Allais die Möglichkeit eines Katasteramtes, wo anonym die Werte aller Güter öffentlich einsehbar sind und eine Privatperson mit einem Aufpreis (höher als der der Verwaltung) Güter erwerben kann.

Diese Modalität könnte für die Freigeldbewegung von Bedeutung sein, da sie eine interessante Bodenreform darstellt. Das Erwerben von Grundstücken und Immobilien zu spekulativen Zwecken wird damit fast unmöglich, da die jährlich erhobene Kapitalsteuer auch für unbenutztes Terrain und leer stehende Immobilien anfällt. Desweiteren verursacht die erhoffte Preissteigerung auch eine höhere Kapitalsteuerlast.

Die Reform des Geld- und Kreditwesens

Das Privileg der Geldschöpfung kehrt zurück in die öffentliche Hand und wird ein Monopol der Zentralbank. Diese emittiert die für die Volkswirtschaft nötige Geldmenge und kann damit präzise die Inflationsrate steuern. Wenn wie in dem weiter oben genannten Fall das monetäre Aggregat bei 4.700 Mrd. Euro steht, ersetzt die Zentralbank das Buchgeld der Bank durch Basisgeld. Gleichzeitig wird jede Depotbank der Regel unterworfen, die Einlagen der Kunden zu 100% mit Einlagen zu decken, was in etwa den Ideen Irving

Fishers entspricht. Desweiteren muss die Aktivität der Depotbanken darauf beschränkt sein, Depots mit Barabhebungsmöglichkeiten und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs anzubieten. Diese Dienste sollten für den Kunden kostenpflichtig sein und für diese Institute die Haupteinnahmequelle stellen. Davon abgetrennt und unabhängig können Kreditinstitute sich auf die Vergabe von Krediten spezialisieren, dürfen ihre Aktivität aber nicht mit Einlagen finanzieren. Jeder Kredit muss also bei der Zentralbank oder auf den Finanzmärkten finanziert werden. Der „maturity mismatch“ sollte dabei möglichst niedrig gehalten werden. Mit diesen Mitteln ist jede Geldschöpfung außerhalb des Basisgeldes unmöglich und belässt die Einkommen aus der Geldschöpfung in öffentlicher Hand.

Konklusion

Maurice Allais betrachtete Zeit seines Lebens und unabhängig von herrschenden Ideologien und einflussreichen Interessengruppen das Wohlergehen der Gesellschaft als Zielsetzung seiner volkswirtschaftlichen Schriften. Statt Freiheit und Gerechtigkeit mit Hinsicht auf volkswirtschaftliche Effizienz abzuwägen, besteht für Maurice Allais die wahre Problematik in der Unvereinbarkeit von Allgemeinwohl und Privilegien. So mögen die hier erörterten Reformvorschläge zum Steuer- und Geldwesen zwar die Gesellschaft als ganzer und damit jeden einzelnen zu mehr Freiheit und Wohlstand führen, doch würden in einer solchen Wirtschaftsordnung einige mächtige

Interessengruppen weniger profitieren, als sie dies im aktuellen System tun.

Allais' Werk „L'impôt sur le capital et la réforme monétaire“, das bisher nicht ins Deutsche übersetzt wurde, ist eine Schrift, die dem Leser vor Augen führt, dass wir trotz allem Anschein nach und entgegen gängiger Terminologie in einem Wirtschaftssystem leben, das weder recht liberal noch wirklich sozial sein will. Maurice Allais zeigt sich mit seinen Reformvorschlägen als liberal und sozial zugleich. Liberal, da er für eine volle wirtschaftliche Freiheit plädiert, die Werteschaffung unterstützt, ineffiziente Nutzung von Kapital aber bestraft; sozial, weil jedwede Art von Privilegien für Minderheiten ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit bedeutet. Abschließend bleibt es abzuwarten, ob Maurice Allais im Zuge der aktuellen Paradigmenkrise und vor allem angesichts der bisher sehr zaghaften Reformversuche (siehe G20 in Paris im Februar 2011), als Vorbild für eine neue Wirtschaftsordnung dienen kann. Das Potential besteht.

Weiterführende Hinweise

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Werk von Maurice Allais „L'impôt sur le capital et la réforme monétaire“ erschien erstmals 1977 mit einem Vorwort von Raymond Aron in Paris. 1988 erschien eine zweite Auflage. Biografische Einzelheiten und Allais' Rede beim Erhalt des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften gibt es auf den Internetseiten

http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1988/allais-autobio.html

http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1988/allais-lecture.pdf

Vgl. auch Walter Hanschitz-Jandl, Nobelpreis für Geld- und Bodenreformer Maurice Allais, in: Humane Wirtschaft Nr. 2/2011, S. 16-22.

Dieter Suhr: Strukturen statt Personen kritisieren

„Über Zinswucher und Kapitalknechtschaft ist in der Geschichte schon oft geschimpft worden. Diese alten Lieder sollen hier bei der normativen Bewertung und Kritik der Geldordnung nicht wieder angestimmt werden. Was können denn auch die armen Zinsnehmer und Kapitalisten dafür, dass die Geldordnung sie zu dem macht, was sie sind? An die Stelle moralischer Entrüstung über Menschen hat die Kritik an der Struktur der Geldordnung zu treten.“

Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von Monetären Transaktionskosten, Frankfurt/M. 1983, S. 115.